Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 90 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M 5—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 3465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 34. | Dresden, Freitag den 11. Februar 1910. | 21. Jahrg.

Pfui!

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Daß im wohltemperierten preußischen Dreiklassenhause ein Vertreter der allmächtigen Regierung, der Verkörperung der „von Gott dem Volke gesetzten Autorität", hart angefaßt wird, ist seit den Tagen des Konflikts im Anfang der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nicht mehr erlebt gewesen. Erst mußte Bethmann-Hollweg mit seiner beispiellosen Verhöhnung des Volkes durch die nichtssagende „Wahlrechtsreform" kommen, damit diese Tradition würdige „Wahlrechtsreform" kommen, damit diese Tradition pflichtenhafter Langeweile beseitigt wurde; erst mußte die Sozialdemokratie mit ihren Vorposten in dieses Haus eindringen, um den frischen Luftzug aus der Welt draußen hereinzulassen.

Als am Donnerstag der preußische Ministerpräsident von seinem Platze erhob, um den schimpflichen Streich der von ihm geleiteten Regierung vor der Karikatur einer Volksvertretung, als die sich das Abgeordnetenhaus darstellt, mit schönen Redensarten zu beschönigen, da brach bei der kleinen Fraktion der Sozialdemokraten die Entrüstung mit so elementarer Gewalt los, daß minutenlang der Präsident des Hauses mit seiner Glocke vergeblich gegen die stürmischen Pfuirufe ankämpfte. Die angesammelte Empörung über ein Jahrzehntelang viel zu geduldig und langmütig ertragenes Unrecht, die helle Wut eines genarrten Volkes machte sich in diesen wilden Rufen Luft. Verdutzt erst, dann zornig aufbrausend suchten die Brotherren und Kommandeure der konservativen Minister, die auf der rechten Seite des Hauses in den dicken Massen sitzen, eine Gegendemonstration; aber es gelang ihnen trotz ihres Aufgebots von Lungenkraft und wüster Schimpfworte nicht, den Eindruck dieser Minuten zu verwischen, wo der preußische Ministerpräsident, totenbleich und des Wortes mächtig, am Pranger stehen mußte.

Atemlos hatte die Zuhörermenge auf den Tribünen, die zum Teil schon stundenlang vor dem Beginn der Sitzung am Platze gewesen war, dieser Szene beigewohnt. Aber obwohl offenbar die Verwaltung des Abgeordnetenhauses bei der Ausgabe der Karten eine sorgfältige Siebung der Empfänger vorgenommen und nur solche Personen zugelassen hatte, deren „staatserhaltende" Gesinnung keinem Zweifel unterlag, merkte der aufmerksame Beobachter doch, daß es selbst in diesen Reihen half, den Ruf der Sozialdemokratie zu verstärken. So gewaltig wirkte der ungestüme Vorgang.

Um die edlen Minister und die Vertreter von Ar und Halm offenbar vor der Liebe des Volkes zu schützen, hatte die Polizei wieder einmal „umfassende Maßregeln" getroffen. Hunderte Tutzenden steckten die Blauen im Abgeordnetenhause selbst, und in den benachbarten öffentlichen Gebäuden und auf den Straßen herrschte, ein den Berlinern bereits gewohnter Anblick, die Wichtigkeit der Herr Polizeileutnant. Diese Vorsicht erwies sich als überflüssig. Die Sozialdemokratie hatte gar nicht daran gedacht, an diesem Tage eine Straßendemonstration vorzunehmen; sie läßt sich nun einmal ihr Aktionsprogramm nicht von der Polizei vorschreiben. Ueberflüssig war auch die Maßnahme, die der Vizepräsident Dr. Porsch jedem einzelnen Abgeordneten ins Haus geschickt hatte, durch eine Hintertür Zugang zu der Dunkelkammer zu gewinnen. Immerhin sind das bemerkenswerte Zeichen für die Stimmung, die jetzt in Preußen herrscht.

Die Rede des Ministerpräsidenten, der sich oft von Zurufen unterbrochen wurde, als es ihm endlich gelungen war, überhaupt zum Worte zu kommen, war ein einziger Beweis für den jämmerlichen Tiefstand politischer Gesinnung, der sich heute in den preußischen Regierungsstuben breit. Mit breitspuriger Wichtigmeierei redete Herr v. Bethmann über tausend Dinge und noch eins, um doch immer wieder dasselbe zu sagen: daß nämlich der preußische Staat eine Domäne des Junkertums ist und es auch bleiben soll, wenn es nach ihm geht. Das Bemerkenswerteste von allem ist wohl die erbarmungswürdige Feigheit, mit der sich dieser „Staatsmann" hinter die Person und Institution des Königs verkroch. Uns kann es schon recht sein, wenn er in dieser Weise den Kronenträger herausstellt und damit zum Zielpunkt der Angriffe macht. Aber die historische Wahrheit erfordert die Feststellung, daß nicht sowohl das Königtum, als das Junkertum im Staate Preußen herrscht und ihm sein Gepräge verleiht. Die agrarische Minderheit, das sind „wir", von denen der Ministerpräsident unausgesetzt sprach. Das ist „der Staat", der in seiner heutigen Form erhalten werden soll. Um dieses Ziel zu erreichen, scheut die Vertretung des Junkertums, die sich „die Regierung" nennt, vor keinem Mittel zurück, wagt der Philosoph Bethmann die unsinnigsten Verdrehungen der Geschichte. Es lohnt sich nicht, auf das wirre, oberflächliche Geschwätz im einzelnen einzugehen und an jedem Satz zu beweisen, daß ungefähr gerade das Gegenteil richtig ist. Nur einzelnes wollen wir herausgreifen. Da heißt es: „Der Engländer schätzt den Engländer nicht danach ein, ob er politisch oder religiös ebenso denkt wie er. Bei uns sind wir noch nicht so weit. Bei uns heißt es noch heute: er denkt anders wie ich, also steht er eine Stufe tiefer." So sagt dieser Mann im Tone des Vorwurfs gegen das Volk. Man greift sich an den Kopf und fragt, ob er denn von allen guten Geistern verlassen ist? Beruht nicht seine ganze Wahlrechtsvorlage auf der Absicht, diejenigen zu verfemen und zu entrechten, die nicht so denken, wie die königlich preußische Regierung zu denken erlaubt? Müssen wir nicht täglich und stündlich erleben, daß man in diesem verrotteten Preußen mit den widerlichsten Verwaltungsschikanen, mit dem Schutzmannssäbel und mit den Sprüchen der Klassenjustiz alles niederzubütteln sucht, was sich den Luxus einer freien und aufrechten Gesinnung erlaubt? Ist nicht gerade aus diesem empörenden Unrecht die namenlose Erbitterung in dem mißhandelten Volke erwachsen?

Dieser eine Ausspruch, vorgetragen in der dünkelhaften Manier eines anmaßenden Schulmeisters, läßt die Frage berechtigt erscheinen, ob der „Philosoph" auf dem Ministerstuhl über eine auch nur das Durchschnittsmaß erreichende Intelligenz verfügt. Er, der von Weisheit trieft, sieht den Splitter im Auge der anderen und ist des Balkens in seinem eigenen Auge noch nicht gewahr geworden. Selbst die leidenschaftliche Gegnerschaft wird entwaffnet, wenn sie den Antrag auf Zubilligung mildernder Umstände wegen mangelnder geistiger Kräfte zu stellen verpflichtet ist. Beklagenswert ist das Volk, dessen Geschicke von solch einem Manne abhängen, gefährlich der Zustand eines Staates, der solchen Händen anvertraut ist.

Und dann ein anderes Wort: „Man soll doch den Begriff der Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen." Die Abhängigkeit, in der sich die preußische Regierung unter der Fuchtel des Junkertums befindet, wird hier zum Range eines Weltgesetzes erhoben. In dem Satze offenbart sich die Bosheit des Unterdrückten, der niemand eine Freiheit gönnt, weil er selbst der Freiheit beraubt ist. Aber darf Kleinlichkeit und Bosheit der Entwicklung eines mächtig aufstrebenden Volkes die Bahn vorzuschreiben wagen? Nein und tausendmal nein!

„Politische Kultur und Erziehung werden nicht gefördert, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist"; „Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen" — auch das sind Musterproben der staatsmännischen Einsicht, die im Jahre 1910 ein preußischer Minister äußern durfte, ohne an seinen Worten zu ersticken. Jammervolle Armseligkeit, die in den Amtsstuben bis zum vollkommenen Nichts verflacht ist! Was weiß dieser Mann von den Fähigkeiten und Möglichkeiten, die unter den heutigen Staats- und Gesellschaftseinrichtungen in der Masse des Volkes nutzlos und hoffnungslos verkümmern müssen! Was weiß er von dem Sehnen der Ungenannten und Ungezählten, die das hohe Ideal einer freien Menschheit im bebenden Herzen tragen und dabei, an Händen und Füßen gefesselt, keine Möglichkeit der Entwicklung vor sich sehen! Wenn es das Unglück der Könige ist, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen, so ist es das Verbrechen der Minister, wenn sie sich nicht bemühen, die Wahrheit erkennen zu wollen. Mit tönenden Phrasen von der politischen Verantwortlichkeit des Volkes zu reden und dabei dieses Volk doch auf Gnade und Ungnade einer rückständigen Herrenkaste zur wirtschaftlichen Ausplünderung und politischen Unterjochung erbarmungslos auszuliefern, das konnte nur einem Junker in den Kopf kommen, der seine robusten Instinkte mit dem rissigen Lack einer kümmerlichen Viertelsbildung angestrichen hat. Da ist uns wahrlich der Januschauer Oldenburg noch lieber, der mit der Reitpeitsche philosophiert und das auszusprechen wagt, was Herr v. Bethmann genau so denkt wie er.

In dem Kampfe um die Befreiung Preußens, der nun in voller Schärfe entbrannt ist, wird uns die Rede Bethmanns die beste Hilfe sein. Wie die Dinge heute liegen, ist der Kampf ums Wahlrecht, in Anbetracht der gewaltigen materiellen Machtmittel des Junkerstaates, in erster Linie eine geistige Angelegenheit. Die Köpfe müssen rebelliert werden, die Herzen entflammt. Nicht nur in den Scharen des Proletariats, die wir ja auch erst noch zu einem erheblichen Teil gewinnen müssen, sondern weit darüber hinaus, in allen den Kreisen der Bevölkerung, die der Abhängigkeit satt sind und fähig, den Hohn der Junker als eine persönliche Beleidigung zu empfinden. Und diese Rebellierung ist im Marsche! Das ist die siegesgewisse Zuversicht, die wir aus dem Geitammel der in die Verteidigung Gedrängten schöpfen.

• • •

Preußisches Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 10. Februar, 11 Uhr vormittags.

Die erste Lesung der Wahlrechtsvorlage.

Ministerpräsident **Bethmann-Hollweg** erhebt sich nach Eröffnung der Sitzung. In diesem Augenblicke rufen die Sozialdemokraten stürmisch:

Pfui, pfui! Volksverräter!

(Verwirrung und große Unruhe.) Vizepräsident Dr. **Porsch** schwingt die Glocke. Rufe rechts: Raus, raus! Erneute Rufe der Sozialdemokraten:

Pfui, pfui!

Vizepräsident Dr. Porsch: Ich bedaure, daß einem Mitglied der preußischen Staatsregierung ein solcher Empfang zuteil geworden ist. (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten. Erneute große Unruhe.)

Ministerpräsident v. **Bethmann-Hollweg:** In Uebereinstimmung mit der Ankündigung der Thronrede vom 20. November 1908 legt die Regierung dem hohen Hause dies Wahlgesetz vor, keiner Partei zuleide oder zuliebe. (Stürm. Gelächter links. Zuruf der Sozialdemokraten: **Mit Ausnahme der Junker!**) Sucht nach Popularität leitet die Regierung nicht. (Lachen links.) Von keiner Strömung läßt die Regierung sich bestimmen. (Erneutes Lachen.) Hinter unserem lauteren Bestreben darf nicht Unsicherheit oder Aengstlichkeit vermutet werden. (Lautes Lachen links.) Unsere Vorlage steht in Uebereinstimmung mit der in der Thronrede bekundeten Willensmeinung seiner Majestät.

Die Sozialdemokraten wollen mindestens das Reichstagswahlrecht auf Preußen übertragen. Aus ihnen spricht der nackte Wille zur Macht. (Rufe bei den Soz.: **Wir wollen nur Gerechtigkeit.** Lachen rechts.) Die Sozialdemokraten betrachten die Wahlrechtsfrage nur als eine Etappe auf ihrem Unterminierungswege. Auf diesem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Borgmann [Soz.]: **Sie werden schon müssen.** Gegenrufe rechts: Ruhe, Ruhe!) Ihre Agitation und Ihre Zwischenrufe bleiben völlig wirkungslos auf die Entschlüsse der Staatsregierung. (Abg. Borgmann [Soz.]: **Abwarten!** Stürmische Rufe rechts: Ruhe, Ruhe!)

Vizepräsident Dr. Porsch: Ich bitte um Ruhe. Es wird doch auch ein sozialdemokratischer Redner das Wort erhalten. Sie müssen aber auch die Ordnung respektieren, die Sie für sich wünschen. (Lebhafter Beifall rechts. Stürmische Rufe rechts: Zur Ordnung rufen!) Die Geschäftsordnung gibt leider kein Mittel an die Hand, um gegen ein solches Benehmen vorzugehen. (Stürmische Rufe rechts: Raus, raus!)

Ministerpräsident von **Bethmann-Hollweg** (fortfahrend): Beim Zentrum und beim Freisinn scheinen mir nicht die Sucht nach eigener Herrschaft, sondern ethische und theoretische Motive die Forderung nach dem Reichstagswahlrecht zu veranlassen. Das Zentrum wird bei keinem Wahlrecht besonders verlieren oder gewinnen. Höchstens würden beim Reichstagswahlrecht die Persönlichkeiten wechseln. Dem Freisinn wird kein Mensch vorwerfen, daß er bei seiner Forderung eigennützige Zwecke verfolgt. (Heiterkeit rechts.) In dem Ringen um die Gunst der Massen wird der Freisinn hinter der Sozialdemokratie um mehrere Pferdelängen zurückbleiben! (Zustimmung rechts.) Es sei denn, daß der Freisinn so demokratische Töne anschlägt, wie sie den Vertretern des gebildeten fortgeschrittenen Bürgertums nicht entstehen. (Unruhe bei den Freisinnigen.) Die Freisinnigen würden die Schwächung der Konservativen erreichen, aber lachender Erbe wäre die Sozialdemokratie. (Zustimmung rechts.)

In den Streit über die Vorzüge und Nachteile einzelner Wahlsysteme will ich mich hier nicht einlassen. Zu praktischen Ergebnissen würde eine solche Diskussion doch nicht führen. Auch der gemäßigte Liberalismus, der im Prinzip für das Pluralwahlrecht ist, wünscht eine Reform des Landtagswahlrechts! Das ist nicht blos Stimmungsmache, wenn auch die Suggestionskraft im Zeitalter der Zeitungen groß ist. (Heiterkeit rechts, Unruhe links.) Mir scheint aber die Hauptbedeutung der Wahlrechtsfrage darin zu liegen, daß sie zu einer Formel aller politischen Unzufriedenheit und politischen Mißstimmung geworden. (Zuruf b. d. Soz.: Mit Recht.) Darum hat sich auch die Wahlrechtsfrage so tief eingefressen: „Reaktion", „Bureaukratismus", „Polizeiregiment", „Agrariertum", „agrarischer Feudalismus", „Junkertum" — alles das soll mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden. (Sehr richtig! links.) Bei uns herrscht eine politische Bitterkeit vor, wie sie trotz aller heftigen Wahlkämpfe England nicht kennt. So wurde auch in den Konflikt aus Anlaß der Reichsfinanzreform persönliche Verbitterung hineingetragen. Nun gibt es im Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und wirklich Mißstände sind, und von einer radikalen Reform dieses Wahlrechts erwartet man den Wechsel aller Dinge. Aber das ist eine Täuschung. Wichtiger als die Theorie ist die Praxis. Das Dreiklassenwahlsystem wirkt nicht feudalistisch. Man sagt, daß das Abgeordnetenhaus eine die niedrigen Stände bedrückende, einseitige und plutokratische Politik betreibe. (Sehr richtig! bei den Soz.) Man stellt Preußen als Land der finstersten Reaktion hin. (Rufe bei den Soz.: Das ist Preußen auch! Heftiger Widerspruch rechts.) Man soll dieser Karte einmal ins Gesicht sehen, die schließlich im In- und Auslande als lebendiges Wesen angesehen wird. Dies Häufen von Schimpf und Schande, dies Beschmutzen des eigenen Nestes ist abgeschmackt und unwürdig. (Lebhafte Zustimmung rechts, Gelächter links.) Das preußische Steuersystem befolgt die Tendenz, die Bemittelten zugunsten der Unbemittelten stärker heranzuziehen. (Lachen links.) Gegen die Arbeiter, die Staatsarbeiter namentlich, ist das preußische Parlament sich seiner Pflicht stets bewußt gewesen. (Schallendes Gelächter bei den Soz.) Ich erinnere ferner an die preußische Selbstverwaltung. (Minutenlange Heiterkeit links, Rufe links: Wo gibt es denn das?) Und was den angeblichen Polizeistaat anbetrifft, so gibt es keine Gesetzgebung, die so minutiös wie die preußische den Rechtsstaat auszubauen sucht. (Schallendes Lachen links.) Wir haben sogar schon ein Zuviel an Schutz gegen die Polizei. (Große Heiterkeit bei den Soz.) Also wie kann man im Ernst dem preußischen Staat mit dem preußischen Parlament rückschrittliche Tendenzen vorwerfen? Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus die preußische Gesetzgebung, an der er selbst so hervorragend mitgearbeitet hat, für rückständig hält. Allerdings behaupten die Herren, daß die Regierung in der Verwaltung, in der Gesetzesanwendung die Konservativen sehr bevorzugt. (Sehr richtig! bei den Soz.) In Preußen aber, bei dem starken Königtum, das wir hier haben (Lebh. Bravo rechts) sowie im Reiche, wo schon die Stellung des Bundesrats das verhindert, ist eine Parteiregierung einfach unmöglich. Das preußische Königtum ist ein Königtum für alle! (Heiterkeit bei den Soz.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit gegenüber der Regierung wahren, wie die Regierung ihre Unabhängigkeit gegenüber den Konservativen wahrt. (Heiterkeit links.) Die Herren von der Linken behaupten, daß die politischen Beamten und besonders die Landräte den Konservativen bei den Wahlen Handlangerdienste leisten (Lebhaftes und wiederholtes Sehr richtig!) und andere an der freien Ausübung des Wahlrechts verhindern. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei den Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Soz.:

Ein Diener der Junker!

Lärm rechts.)

Unsere Landräte sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so verwachsen und gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die überall vorkommen, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von einzelnen Mißbräuchen